

Michael Brie

Europa – unsere gemeinsame Zukunft

Schlussbemerkungen zur Konferenz von GUE/NGL und RLS
„Europa neu gründen?“, 9. bis 11. März 2007, Berlin

1. Weder Ausstieg aus der Europäischen Union noch Neugründung

Europa – so möchte ich im Resultat dieser Konferenz sagen – darf nicht aufgegeben werden durch die Linke und bedarf zugleich keiner Neugründung im Sinne eines völligen institutionellen Bruchs. Zu viel Bewahrenswertes ist erreicht worden, zu viel ist zu verteidigen, als dass die europäische Linke auf die Europäische Union verzichten oder den völligen Neubeginn auf die Tagesordnung setzen sollte. Es wäre nicht nur vergeblich, sondern schädlich. Zugleich: Wer will, dass die Europäische Union bleibt, muss dazu beitragen, dass die Richtung ihrer Entwicklung verändert wird – auf der Basis der unbestreitbaren Erfolge, durch eine möglichst breite Anstrengung, auf der Grundlage des Übergangs zu einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu einer Politik der Demokratisierung und gemeinsamer Entwicklung als Grundlage des Friedens. Es wäre ein Wandel, mindestens so tiefgreifend wie der Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts, als eine neoliberale Neuorientierung der EU eingeleitet und durchgesetzt wurde.

Angesichts der Größe der Probleme gibt es die Verführung, sich zu flüchten in die Welt des „ganz Anderen“, wo alle Schwierigkeiten sich in Harmonie auflösen. Ohnmächtig vor über großen Aufgaben stehend, könnte die Linke geneigt sein, sich die Welt im Reich des bloß Wünschbaren zurechtzudenken. Revolutionäre Realpolitik, wie sie Rosa Luxemburg anstrebte, heißt aber, die realen Widersprüche der realen Welt realer Akteure in eine Bewegung transformatorischer Umgestaltung zu versetzen. Die Benennung der Widersprüche der heutigen Europäischen Union soll deshalb als Ausgangspunkt gewählt werden.

Leistungen und Probleme sind eng verbunden:

- Die EU hat dazu beigetragen, dass sich die Systeme europäischer Sozialstaaten herausbildeten, die die Grundlage von sozialem Frieden und Demokratie bilden, *und* hat seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zugleich mit einer neoliberal geleiteten Politik dazu beigetragen, dass die Voraussetzungen funktionsfähiger Sozialstaaten sich auflösten;
- Die EU hat dazu beigetragen, dass sich immer mehr Staaten und Völker Europas zusammenschließen *und* hat damit zugleich die Verschiedenheit innerhalb der Europäischen Union deutlich erhöht, was völlig neue Aufgaben bei der Zusammenarbeit aufwirft, die bisher institutionell ungelöst sind;
- Die EU hat dazu beigetragen, dass sich der Entwicklungsstand zwischen den Staaten und Regionen innerhalb der Union deutlich angenähert hat *und* hat es nicht vermocht, hinreichende Strategien zu entwickeln, um zu verhindern, dass sich Kernregionen herausgebildet haben, die sich von depressiven Regionen zunehmend abkoppeln;
- Die EU hat dazu beigetragen, dass diese Region zu einer der wichtigsten Regionen der globalen Wirtschaftsentwicklung geworden ist *und* zugleich ist der Übergang zu einer Politik der Nachhaltigkeit bisher nur sehr ansatzweise oder überhaupt nicht vollzogen worden;
- Die EU hat dazu beigetragen, dass sich friedliche Zusammenarbeit in großen Teilen Europas durchgesetzt hat *und* zugleich steht die Europäische Union ohnmächtig vor sehr zentralen Konflikten wie denen im Nahen und Mittleren Osten und teilweise auch

in der Kaukasusregion und Zentralasien und ist immer stärker bereit, zu den Mitteln von Erpressung und militärischem Druck zu greifen;

2. Jenseits der Mythen

Um sich diesen Widersprüchen realistisch stellen zu können, ist es zunächst notwendig, sich von sachlich von einigen Vorstellungen zu lösen, die teils so alt wie Imperien oder teils so alt sind wie der Kapitalismus:

- Mythos 1: Wenn Du Frieden willst, bereite Dich für den Krieg vor. Es lässt sich umgekehrt zeigen, dass hohe Militärausgaben und das Führen von Angriffskriegen positiv korrelieren. Staaten, die durch strukturelle Nichtangriffsfähigkeit ausgezeichnet sind, sind zugleich weniger aggressiv *und* weniger gefährdet. Die Alternative zur Militarisierung ist nicht Isolationismus, sondern Internationalismus: Sicherheit wird langfristig auf nichtmilitärischen Wegen erworben – durch solidarische Entwicklung.
- Mythos 2: Freiheit und Gleichheit, Innovation und geringe soziale Spaltung, Partizipation am gesellschaftlichen Arbeitsleben und eine maßvolle Gleichheit der Einkommen, wirtschaftliches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit, Effizienz und ausgebaute öffentliche Dienstleistungen würden in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen. Tatsache ist: Sie *können* in ein relatives positives Gleichgewicht gebracht werden. Neben dem US-amerikanischen Weg gibt es auch den skandinavischen.¹ Die Machtverhältnisse und die Kultur eines Landes, einer Region, die Hegemonie, entscheiden darüber. Aktive Politik anstelle von bloßer Marktregulation *kann* Freiheit und Gleichheit in ein positives Verhältnis setzen.²
- Mythos 3: Effiziente sachgerechte Entscheidungen würden vor allem auf undemokratische Weise gefällt werden können, weil ansonsten zu viele Lobbygruppen und rückwärtsgewandte Mehrheiten der Bevölkerung Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Theoretisch und empirisch gibt es starke Argumente, dass auf der Basis einer klaren Verteilung von Verantwortung unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips Demokratie dazu zwingt, Effizienz und hohe soziale Gleichheit miteinander in Übereinstimmung zu bringen, während intransparente undemokratische Formen Machteliten privilegieren und dazu führen, dass Entscheidungen de facto ungehindert ihren Sonderinteressen untergeordnet werden.³ Offene demokratische Lernprozesse führen mittel- und langfristig immer zu besseren Ergebnissen als geschlossene Kommissionen.

3. Zukunft gibt es nur im Plural

In den letzten fünfzehn Jahren wurden verschiedene Szenarien für die Entwicklung der Europäischen Union erarbeitet. Szenarien haben die Funktion nachzuweisen, dass die Zukunft offen, aber nicht beliebig ist. Man kann wählen, aber – anders als bei einem Bankett – nicht beliebig. Im Folgenden sollen drei solcher Szenarien näher betrachtet werden.

¹ Vergleich dazu die sehr umfassende empirisch gestützte Analyse von Comelia Heintze, 2005: Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005.

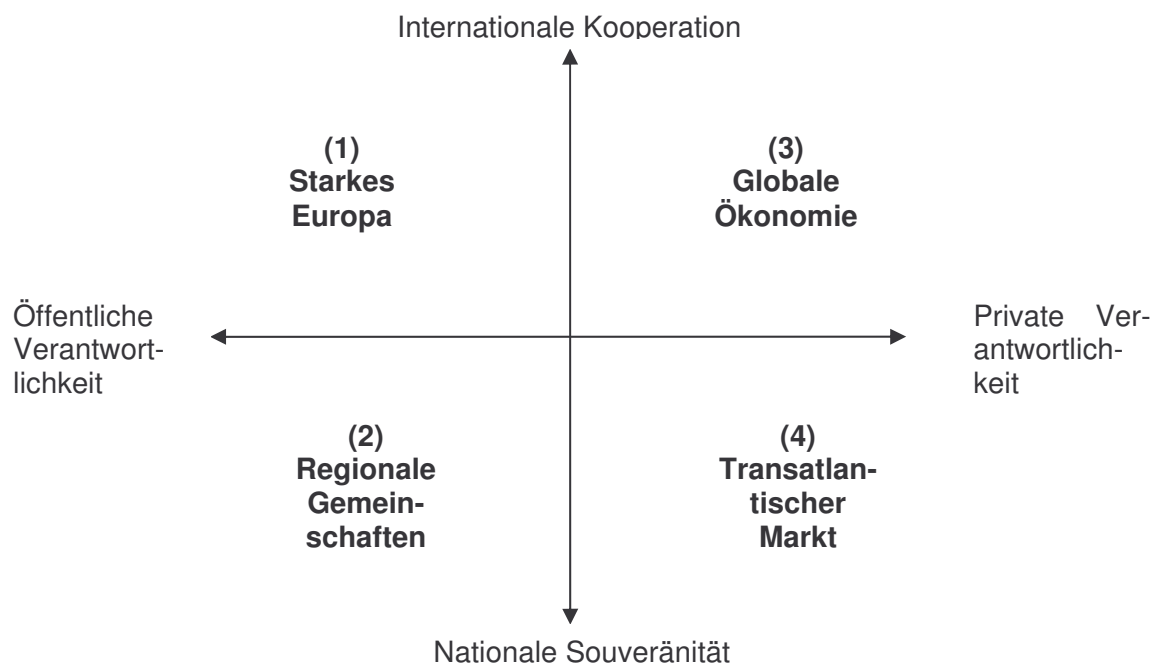
² Ruud de Mooij; Paul Tang: Four Futures of Europe. Centraal Planbureau (o. J.), S. 103 f.

³ Mancur Olson: Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships. New York: Basic Books 2000.

Erstes Szenariomodell: Zwischen Öffentlichem und Privatem, Kooperation und Abgrenzung

Erstens ein Szenario für die Europäische Union, erstellt vom Zentralen Planbüro der Niederlande von 2003. Dieses Szenario wurde entlang zweier Dimensionen entwickelt – dem Maß internationaler Kooperation bzw. des Beharrens auf nationaler Souveränität *und* der Verteilung zwischen öffentlichen und privaten Verantwortlichkeiten. Ausgehend davon werden vier mögliche Szenarien skizziert: (1) ein starkes Europa, (2) ein Europa regionaler Gemeinschaften, (3) offene europäische Gesellschaften in einer offenen globalen Wirtschaft und (4) ein Europa als Teil eines gemeinsamen transatlantischen Markts.

Abbildung 1: Vier Szenarien nach Mooji und Tang (2004)⁴



- (1) Das Szenario *Starkes Europa* geht davon aus, dass die Reformen des Sozial- und Wohlfahrtsstaats darauf zielen, soziale Kohäsion zu erhalten und zu stärken, die Integration vorangeht, die Erweiterung erfolgreich war und in Richtung Ost und Süd weitere Schritte der Kooperation vollzogen werden. Global agiert die Europäische Union in diesem Szenario mit dem Ziel einer Verstärkung solidarischer globaler Kooperation und spricht hier mit einer Stimme. Der Wettbewerb zwischen den europäischen Gesellschaften verhindert Steuerdumping und zielt auf höhere soziale Ziele.⁵
- (2) Das Szenario *Regionale Gemeinschaften* nimmt an, dass auf die Probleme durch eine relative Schließung und die Herausbildung von kleineren regionalen Gemeinschaften reagiert wird, z. B. zwischen den reichen Staaten eines Kerneuropas. Um Krisen auszuweichen, werden weltweit eine Reihe von Handelsblöcken geschaffen und die internationale Kooperation bleibt niedrig. Die Harmonisierung innerhalb der regionalen Gemeinschaften wird in einer Weise vorgenommen, die eine Anpassung an neue Gegebenheiten eher blockiert. Es wird versucht, Probleme von Migration durch Schließung und der Öko-

⁴ Ruud de Mooji; Paul Tang: Four Futures of Europe. A. a. O., S. 177.

⁵ "The European Union develops a framework in which policy competition between member states can take place. For instance, countries agree upon a minimum rate of corporation taxation and countries develop indicators on social targets which effectively operate as a floor for policy competition." Ebenda, S. 179.

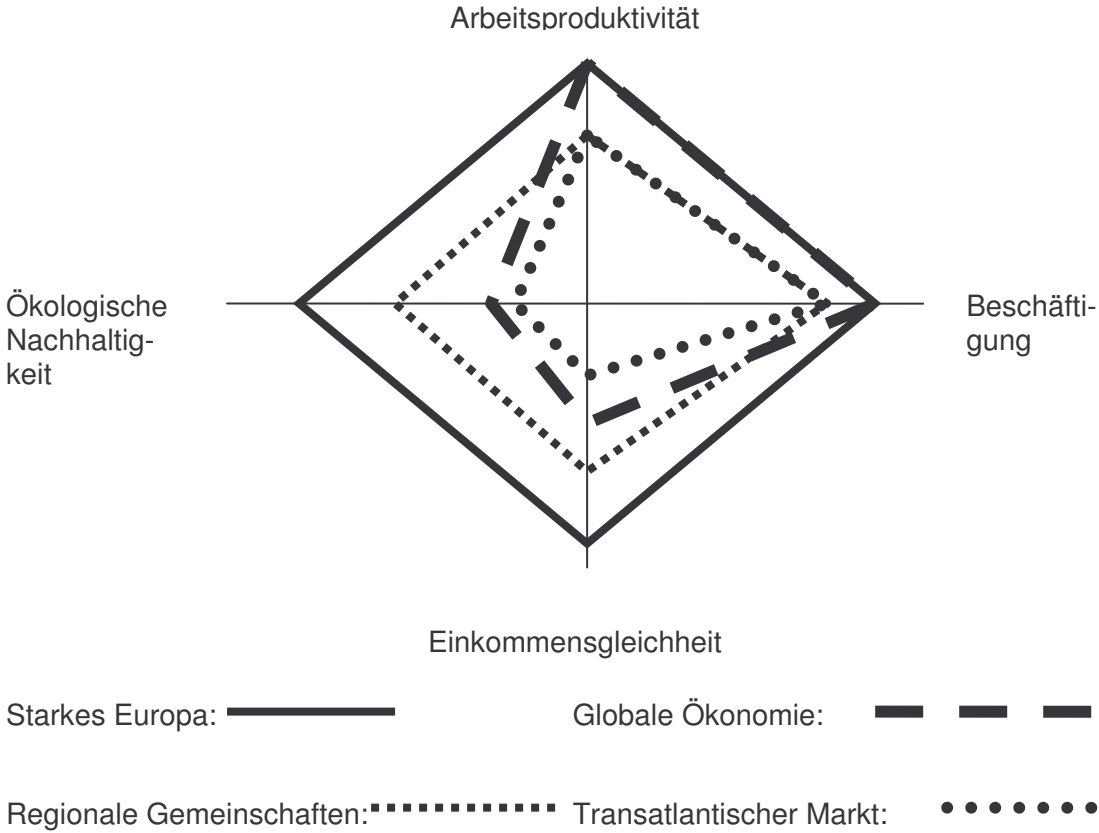
logie durch Alleingänge zu lösen.

- (3) Das Szenario *Globale Ökonomie* basiert auf der Annahme, dass die Versuche, marktformige Lösungen für die neuen Probleme zu finden, dominieren. Die Europäische Union konzentriert sich auf ein stabiles Regelwerk für funktionsfähige Märkte und Sicherheit. Die Ungleichheit wächst. Die Europäische Union entwickelt sich dementsprechend vor allem als Freihandelszone, während die internationale Kooperation auf Gebieten, die über den Handel und die Freiheit der Märkte hinausgehen, schwach bleibt. Modell einer solchen Entwicklung sind die USA.
- (4) Das Szenario *Transatlantischer Markt* geht von einer Schwächung der Institutionen der Europäischen Union aus. Der Ausweg wird in einer starken Kooperation mit den USA und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes zwischen Europäischer Union und NAFTA sowie Lateinamerika aus. Die Nationalstaaten werden einem starken Wettbewerb untereinander ausgesetzt.

Die Autoren dieser Szenarien gehen entgegen eigenen vorherigen Darstellungen davon aus, dass Liberalisierung und Privatisierung ein höheres Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Beschäftigung nach sich ziehen. Dabei zeigen empirische Vergleiche, dass auch auf diesen Feldern ein „skandinavischer Weg“ durchaus ähnliche Ergebnisse erzielt, auf vielen anderen aber weit überlegen ist. Korrigiert man das Modell der Autoren um diese Variablen, so ließe sich folgende Hypothese aufstellen: Szenario 1 ist dem Szenario 2 und Szenario 3 dem Szenario 4 jeweils in jeder Hinsicht überlegen. Und die Szenarien 1 und 2 sind den Szenarien 3 und 4 entlang von ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gleichheit überlegen (Abbildung 2). Wenn dies richtig ist, dann ist die von der Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagene Schaffung eines transatlantischen Marktes die schlechteste aller hier skizzierten Lösungen. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch geht es um die Alternative zwischen einem ökologischen Wohlfahrtsstaat oder „einem Klassenstaat in der ‚modernen‘ Art der neofeudalistischen Zwei-Drittel- oder Drei-Fünftel-Gesellschaft mit integrierten und ausgrenzten Teil der Gesellschaft“⁶

⁶ Karl-Georg Zinn: Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa, Forum Neue Politik der Arbeit, 26. September 2003 (<http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de/docs/npa2-zinn.pdf>).

Abbildung 2: Der Vergleich der Szenarien auf den Feldern Arbeitsproduktivität, Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Einkommensgleichheit



Zweites Szenariomodell: Zwischen GRASG – BMBU – SEDG

Innerhalb der Europäischen Union gibt es einen Kampf zwischen drei strategischen Orientierungen der sozioökonomischen Politik – einer wachstumsorientierten Strategie (GRASG: Growth Applied Strategy Scenario), einer Politik problembewusster Kontinuität (BAMBU – Business-As-Might-Be-Usual) und der sozio-ökologischen Transformation (SEDG - Sustainable European Development Goal) (Tabelle 1). Radikale Wachstumsorientierung wie der Versuch, ohne Umsteuern die Probleme zu bewältigen, können zu Schocks, zu Katastrophen führen – sei es dramatischer Klimaveränderungen, der Ausbreitung von tödlichen Epidemien, eine extreme Verknappung von Öl, Wasser usw. usf., verbunden mit der Akkumulation militärischer Konflikte.

Tabelle 1: Alternative europäische Gesellschaftsstrategien⁷

	Leitlinien	Instrumente	Folgen
GRASG <i>wachstumsorientierten Strategie</i>	Privatisierung, internationale Wettbewerbsfähigkeit, schlanker Staat, Renationalisierung der Politik	Deregulierung, Freihandel, Wachstum, Globalisierung, Umweltpolitik, nachsorgende Umweltpolitik	starke Tendenzen sozialer Desintegration und Polarisierung, hohe internationale Instabilität und Militarisierung, schnell wachsende Umweltgefahren und Ressourcenkonflikte, extensive Arbeitsgesellschaft und Konsumismus, Standortwettbewerb mit degradierenden Folgen
BAMBU <i>Politik problembewusster Kontinuität</i>	Umsetzung der schon beschlossenen Regelungen der EU	Deregulierung und Privatisierung bis auf wenige ausgewählte Bereiche, Freihandel (auch in Dienstleistungen), bessere Politikkoordination, Umweltpolitik als Herausforderung, Förderung effizienter Technologien, Steuersenkungen	abgeschwächte soziale Desintegration und starke soziale Spannungen bei Aufrechterhaltung minimaler sozialer Sicherheit, wachsende Instabilität und Militarisierung, partielle staatliche Eingriffe zur Abmilderung von Folgen, wachsende Umweltgefahren und Ressourcenkonflikte, Arbeitsgesellschaft und moderater Konsumismus,
SEDG <i>sozio-ökologischen Transformation</i>	Durchsetzung der Nachhaltigkeit sozialer Entwicklung durch eine integrierte Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik; Kombination infor-	wettbewerbsfähige Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Sicherheit, gesunde Umwelt als Einheit, Entwicklungskooperation, bindende demokratische Strategien,	Stärkung sozialer Integration und des sozialen Ausgleichs, Sicherheit durch gemeinsame Entwicklung und friedliche Konfliktlösung, wachsende Geschlechtergleichheit, Reorientierung auf eine Kulturge-

⁷ Joachim Spangenberg: ALARM – SE. Scenario narrative document. Version 4.2., 11. Januar 2006, S. 18 ff.

(http://antalya.uab.es/_c_ceambientals/activitats/doc_activitats_2006/Seminari_JoachimSpangenberg_er.pdf); Friedrich Hinterberger: Presentation "On the use and feasibility of prospective exercises (scenarios, modeling, backcasting,...) in the case of long-term planning for sustainable development" in Brussels at the seminar on "Prospective participatory Planification Initiatives for long-term planning in SD", organized by the Université libre du Bruxelles, 7. Dezember 2006

(http://www.seri.at/index.php?option=com_docman&task=search_result&search_mode=phrase&search_phrase=A.TRC&Itemid=39); siehe auch: Deliberation Support Tool Biodiversity Europe. Scenarios of environmental risks (<http://keralarm.c3ed.uvsq.fr/?q=book/print/19>)

	mierender, wirtschaftlicher und administrativer (command-and-control) Instrumente	Ausbau des öffentlichen Sektors und der öffentlichen Regulierung Partizipation von Stakeholders und Bürgern an Entscheidungen	sellschaft. Gleichgewicht von Erwerbsarbeit und anderen Formen von Arbeit und Freizeit; hohe Bedeutung eines immaterialen Konsums und langlebiger Konsumgüter
--	---	---	---

Entgegen allen Annahmen des Neoliberalismus unterscheiden sich diese verschiedenen Szenarien *nicht* mit Blick auf das Maß von gesellschaftlicher und technologischer Innovation und auch nicht durch gravierend unterschiedliche Wachstumsraten, sondern primär in der Ausrichtung derselben. Wie die Autoren des MOSUS-Projekts (Modelling Opportunities And Limits For Restructuring Europe Towards Sustainability) feststellen: "Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EU25 erhöht sich, mit einem Bruttosozialprodukt je Einwohner im Jahre 2020, das um vier Prozent höher ist im Szenario starker Nachhaltigkeit im Vergleich zum Basisszenario (des Weiter-So – M. B.)."⁸

Extensive, ressourcenfressende, auf Konsumismus setzende Technologien werden in den nächsten Jahren entwertet und mit ihnen die Unternehmen, die vor allem auf sie setzen.⁹ Wie der Bericht des früheren Chefökonom der Weltbank Nicolas Stern zur Ökonomie des Klimawandels zeigt, werden die Kosten dieses Wandels, wenn er nicht zumindest stark gebremst wird, in den nächsten zwei Jahrhunderten zwischen fünf und zwanzig Prozent des Bruttosozialprodukts liegen.¹⁰ Um die heutige Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre zu stabilisieren, sind ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts (rd. 400 Mrd. Dollar) notwendig – bei einem gegenwärtigen globalen Wachstum von über fünf Prozent und globalen Rüstungsausgaben von 1200 Mrd. Dollar oder drei Prozent des globalen Bruttosozialprodukts ist dies nicht sehr hoch.

Drittes Szenariomodell: Zwischen Europäischer Föderation oder Zerfall

Die neuen Aufgaben, die mit der Erweiterung verbunden sind, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger dieser erweiterten Union und die begrenzten Ressourcen der Union in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation lassen die schnelle Verwandlung der EU in eine enge Föderation weder wahrscheinlich noch wünschenswert erscheinen lassen. Eine Überforderung durch eine weitere beschleunigte Vereinheitlichung würde die Union sprengen, da sie die sozialen und politischen Ziele vieler Staaten der erweiterten Union sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigen würde.¹¹

Es sind verschiedene Wege der Integration möglich – die der Integration durch die Kraft der Märkte (vor allem durch Herstellung eines gemeinsamen Binnenmarkts in immer weiteren Bereichen), (die funktionelle Integration auf bestimmten Sektoren (so begann die Union als

⁸ Giljum, Stefan; Hinterberger, Friedrich; Kassenberg, Andrzej; Świerkula, Ewa: MOSUS Policy recommendations. MOSUS Work Package 6, Wien, 21.4.2006, S. 16 (<http://www.mosus.net/documents-reports.html>).

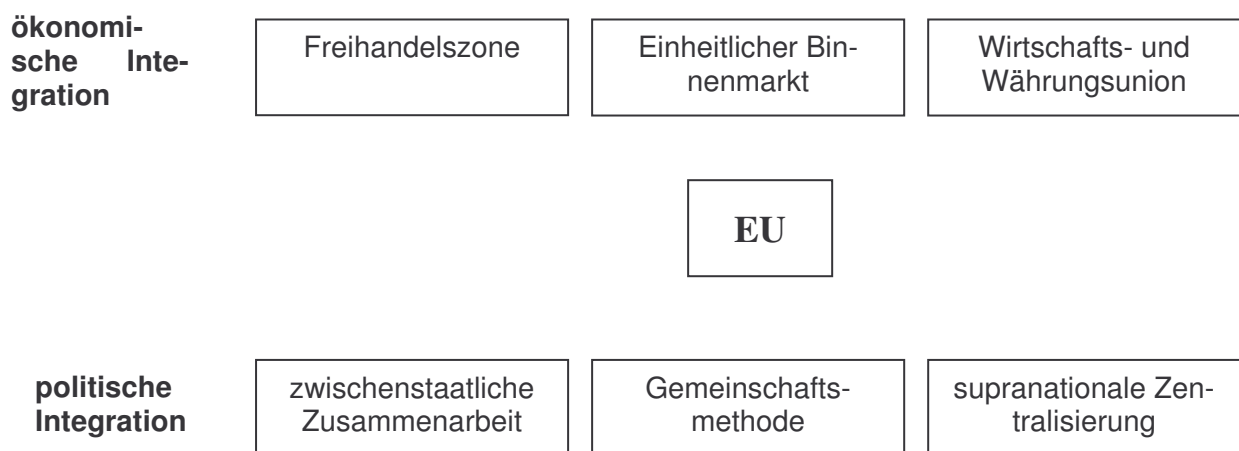
⁹ „Sarkastisch könnte man sagen: Die deutsche Automobilindustrie arbeitet am Drei-Liter-Auto, nur leider nicht mit drei Liter Kraftstoffverbrauch, sondern mit drei Liter Hubraum im Flottendurchschnitt. Wenn sich die deutsche Automobilindustrie nicht bald etwas einfallen lässt, wird sie in zehn Jahren nicht mehr wirklich marktfähig sein.“ Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, FAZ, 2. März 2007, S. 37.

¹⁰ Stern Review: the Economics of Climate Change, S. vi ff. (http://www.hm-treas-ury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/stern_review_report.cfm).

¹¹ Die Europäische Union sollte immer das Schicksal des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vor Augen haben, dass realiter im Großen Dreißigjährigen Krieg unterging, auch wenn es formal noch bis ins 19. Jahrhundert existierte.

Montanunion) sowie als Politikintegration (Formulierung gemeinsamer Ziele, Etablierung von Institutionen zur Durchsetzung dieser Ziele). Der EU stehen dabei vor allem dabei drei Formen der Koordination zur Verfügung: (1) Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit (intergouvernementaler Modus), bei dem die Regierungen über Verträge Einstimmigkeit erzielen. Dies war und ist bisher die Grundform der Zusammenarbeit. Sie erlaubt und erzwingt die starke Berücksichtigung der nationalen Interessen, und es wird jeweils nur so viel Zuständigkeit delegiert, wie im Interesse der Durchsetzung eigener Interessen sinnvoll erscheint. (2) Die Gemeinschaftsmethode: Sie ist durch Politikverflechtung gekennzeichnet, Kommission und Parlament sind neben den nationalen Akteuren wirksam und versuchen, sehr differenzierte Lösungswege für konkrete Probleme zu finden. (3) Die supranationale Zentralisierung. Zu ihren Institutionen gehören die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof. In diesem Falle verzichten die Regierungen weitgehend auf eigenes Mitwirken, um diese Institutionen vor nationalen Interessen zu schützen¹² (Grafik 6).

Abbildung 3: Formen wirtschaftlicher und politischer Integration¹³



Immer noch herrscht eine Vorstellung vor, die die Entwicklung der Europäischen Union nur in Richtung einer immer weiteren ökonomischen Integration und hin zu einer supranationalen Zentralisierung in Form eines demokratischen Bundesstaates wie dem der USA sehen. So formulieren Jacques Derrida und Jürgen Habermas: „Einstweilen sind wohl nur die kerneuropäischen Mitgliedsstaaten bereit, der EU gewisse staatliche Qualitäten zu verleihen. Was tun, wenn sich nur diese Länder auf eine Definition ‚eigener Interessen‘ einigen können? Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ Gebrauch machen, um in einem ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. Davon wird eine Sogwirkung ausgehen... Vorangehen heißt nicht ausschließen.“¹⁴

Es könnte sich aber als richtig erweisen, dass die Zukunft der Europäischen Union nur als Doppelprozess von Erweiterung *und* selektiver Integration mit *verschiedenen Integrationszentren* begreifbar sein wird. Es wäre ein Prozess, in dem zugleich gemeinsame Grundqualitäten der bisherigen EU auf weitere Länder ausgedehnt werden *und* sehr variable Möglichkeiten der „verstärkten Zusammenarbeit“ zwischen Gruppen von Ländern der EU (und der

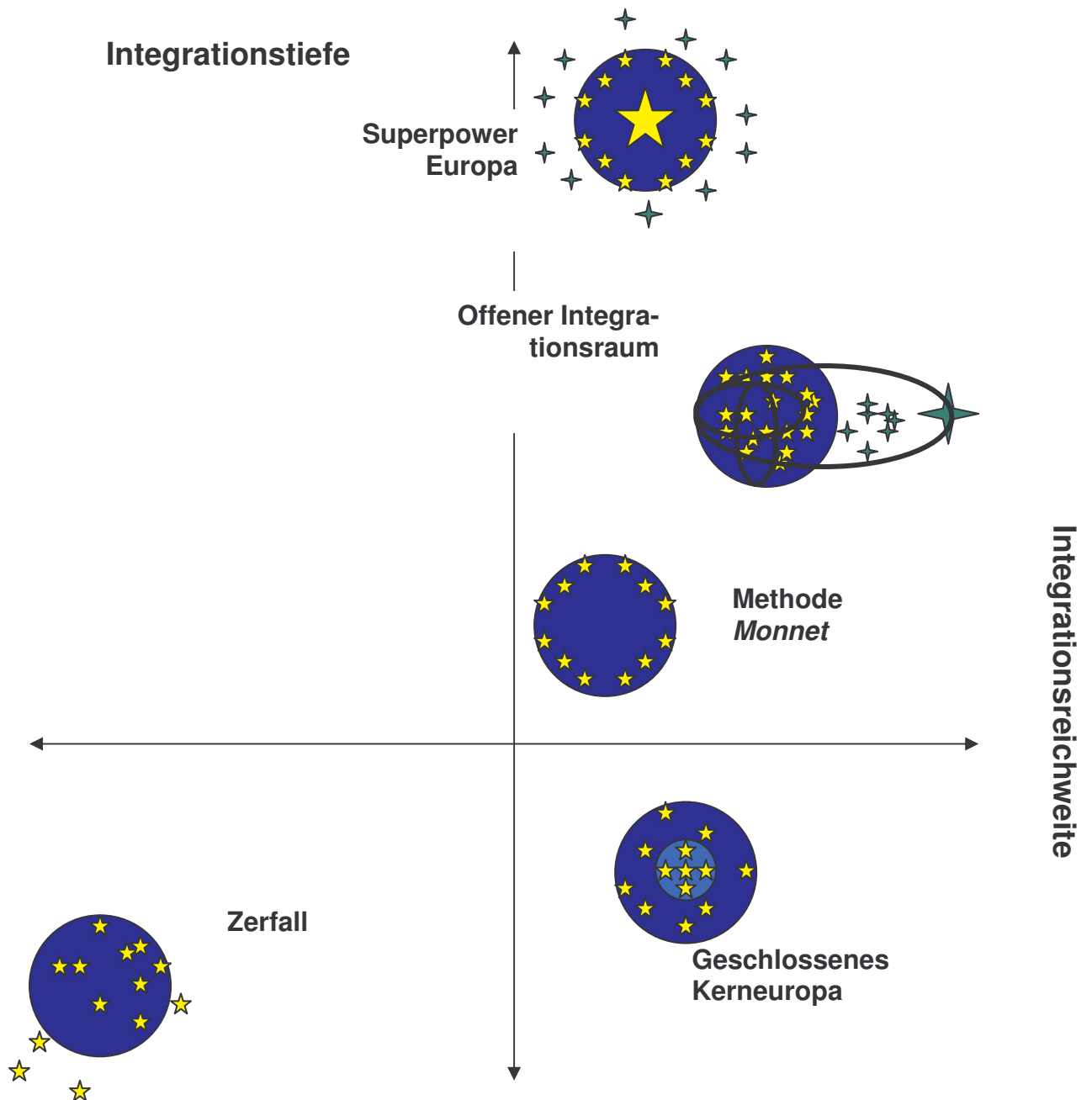
¹² Scharpf, Fritz, W., 2003: Was man von einer europäischen Verfassung erwarten und nicht erwarten sollte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 50 ff.

¹³ Vgl. dazu auch: Hans-Wolfgang Platzer: Lernprozess Europa. Die EG und die neue europäische Ordnung. Eine Einführung. FES. Bonn: Dietz 1992, S. 36.

¹⁴ Derrida, Jacques; Habermas, Jürgen, 2003: Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 2003, S. 33.

neuen Nachbarn) zur Lösung konkreter Probleme im gemeinsamen Interesse geschaffen werden.

Abbildung 4: Alternative Szenarien¹⁵



Ein zentralisierter Bundesstaat, eine „Supermacht Europa“ ist weder realistisch noch wünschenswert, der Zerfall der Europäischen Union ist eine große und langfristig aktuelle Gefahr. Gemessen an der möglichen Dichte und Reichweite von Kooperation ist das Modell einer offenen Integration mit ausgebauten engen Nachbarschaften auf der Basis gemeinsamer Entwicklung nach außen und unter Nutzung des Instruments der „verstärkten Zusammenar-

¹⁵ Modifiziert nach: Europas Zukunft - Fünf EU-Szenarien. C·A·P Working Paper, München 05/2003. Von Franco Algieri, Janis A. Emmanouilidis, Roman Maruhn

beit“ nach innen in absehbarer Zeit zugleich möglich *und* am besten geeignet, die jetzige Krise der Europäischen Union zu überwinden und soziale und ökologische Koordination auch dann zu ermöglichen, wenn nicht sofort alle Mitgliedsländer sich an ihr beteiligen wollen.¹⁶

Um den neuen Herausforderungen zu begegnen, müsste vor allem das Leitbild einer Entwicklung hin zu einem „Bundesstaat“ Europa, wie es vor allem in Deutschland verbreitet ist und auch von der europäischen Bürokratie getragen wird, durch das flexible Leitbild eines offenen Europas der Nationen und Bürger mit beträchtlicher innerer Pluralität der Kooperations- und Integrationsformen abgelöst werden (siehe vorhergehende Abbildung 4: Europa als offener Integrationsraum). Denn es bleibt dabei: „Der Erfolg einer europäischen Verfassung (wie überhaupt aller europäischen Zusammenarbeit – d. Verf.) jedenfalls wird auch künftig weder an der Eleganz ihrer institutionellen Architektur und der Stärke des Europäischen Parlaments noch an der Einheitlichkeit des europäischen Rechts gemessen werden, sondern vor allem daran, ob sie die europäische Politik besser als bisher dazu befähigt, den Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der auf nationaler Ebene nicht mehr lösbaren Probleme zu helfen.“¹⁷

Schlussfolgerungen

Die drei betrachteten Szenarien zeigen, dass eine starke sozial- und wohlfahrtsstaatliche Orientierung bei enger Koordination innerhalb der Europäischen Union und mit ihren Nachbarn und verbunden mit solidarischer globaler Kooperation sozial, ökologisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch die günstigsten Resultate zu erwarten lässt.

4. Projekte des Einstiegs hin zu einer sozialen, demokratischen und friedlichen Europäischen Union

Einer solchen Orientierung auf eine sozial-ökologische und solidarische Transformation stehen vor allem zwei Bündel von Problemen gegenüber – zum einen die Interessen privilegierter Akteure, privilegiert durch Stellung, Macht, Einfluss und Wissen, und zum anderen die Heterogenität und Zersplitterung aller transformativen Kräfte. Beides kann nur mittelfristig überwunden werden. Aktuell kann vor allem um Einstiegsprojekte gekämpft werden. Es wären Projekte, wo die Hegemonie der privilegierten Akteure geschwächt ist, wo breiteste Interessenbündnisse geschlossen werden können, die unmittelbare Erfolge erwarten lassen, die weitreichende Lernprozesse auslösen und langfristige neue Möglichkeiten eröffnen.

Konzeptionelle Grundlagen einer solchen Alternative wäre die Verbindung eines qualitativen Keynesianismus mit dem fundamentalen sozial-ökologischen Umbau der europäischen Gesellschaften: Staatsinterventionistische makroökonomische Politik, die Nachfrage anregt und qualitativ steuert. Ökologische und soziale Innovation würden Hand in Hand gehen – die ökologische Effizienz- und Energierevolution¹⁸ sich mit einer sozialen Umgestaltung verbinden: „ökoeffiziente Dienstleitungen, Ausbau sozialer und kultureller Dienstleistungen, sozialer und wirtschaftsdemokratischer Bürgerrechte, Bildung und Qualifikation, drastische Arbeitszeitverkürzung ... und ‚Gute Arbeit‘“¹⁹. Die Tatsache, dass die EU mit 450 Einwohnerin-

¹⁶ Daniel Thym: Ungleichzeitigkeit und europäisches Verfassungsrecht (<http://www.thym.de/daniel/ungleichzeitigkeit/index.html>).

¹⁷ Scharpf, a. a. O., S. 59.

¹⁸ Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft. München: A. Kunstmann 1999; Ernst U. von Weizsäcker, Amory B. Lovins, L. H. Lovins: Faktor 4. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. München 1995.

¹⁹ Klaus Dräger: Erneuerter Keynesianismus – Richtschnur für die Strategiedebatte der Linken? Berliner Debatte Initial 2006 (www.linksnet.de/drucksicht.php?id=2639).

nen und Einwohnern, 9,5 Billionen Euro Bruttoinlandsprodukt drei Viertel ihrer Waren-, Dienstleistungs- und Investitionsströme intern realisiert, ist dafür eine gute Voraussetzung.

- Errichtung einer Sozialunion auf der Basis der verstärkten Zusammenarbeit und Durchsetzung eines sozialen Stabilitätspakts²⁰, der Sozialdumping bestraft und sozialen Fortschritt prämiert und letztlich eine Einheit einer neu ausgerichteten Wirtschafts- und einer Sozialunion verwirklicht;
- Übergang zu einer Entwicklungsmaßstab, in dessen Zentrum nicht mehr die Steigerung des Bruttosozialprodukts, sondern das erreichte Maß menschlicher Entwicklung misst und die Verringerung von Ausgrenzung und Armut sowie von Nachhaltigkeit, Schutz des natürlichen Reichtums usw. einbezieht²¹; vor Wahlen sollte die Bilanz in diesen Kriterien ausgewiesen werden;
- strukturpolitische Eingriffe, um den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren²², die u. a. den Emissionshandel einschließen, zwingende Mindeststandards durchsetzen und mit einer starken Technologieförderung verbunden sind (Stern-Report); dies könnte mit dem Projekt einer „Europäischen Gemeinschaft der erneuerbaren Energien“ verbunden werden²³;
- ein soziales und ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm der Förderung dezentraler Netzwerke mit höher Beschäftigungsintensität, des Ausbaus des ökologischen Verkehrs im Regional- und Güterverkehr sowie der humanorientierten Dienstleistungen²⁴;
- schrittweise europaweite Verlagerung des Primats der Steuerbelastung vom Faktor Arbeit und Umsatz hin zu einer Energie- und Materialinputsteuer, durch die der durch inländische Nachfrage hervorgerufene Energie- und Materialaufwand vor allem belastet, Arbeit und vor allem Dienstleistungen hingegen entlastet werden²⁵;
- funktionale Unabhängigkeit der EZB auf der Basis von drei gleichwertigen Zielen: Preisstabilität, Vollbeschäftigung und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung;
- Übergang zum Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Auflösung der US-

²⁰ André Brie: Europäische Sozialpolitik. Der Abriss des Sozialstaats. Geschichtliche Wurzeln und Verläufe. Aktuelle Entwicklung. In: Cornelia Hildebrandt: Perspektiven des europäischen Sozialstaates. Bestandsaufnahme für alternative Strategien. Berlin: Dietz Verlag 2004, S. 81 f.

²¹ Ines Omann; Exel Nordmann: Gutes Leben statt Wachstum des Bruttosozialprodukts. In: Boeser, C.; Schörner, T.; Wolters, D.: Kinder des Wohlstands – Auf der Suche nach neuer Lebensqualität. Frankfurt/Main: VAS-Verlag (www.seri.at/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=42&Itemid=39); Joachim Spangenberg: Sustainable Development Indicators (SDI). towards a system of indicators for comprehensive assessment of the sustainability of EU policies. (www.seri.at/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=74&Itemid=39).

²² Jari Kaivo-oja, Jyrki Luukkanen, Jarmo Vehmas: Challenges and key questions about European climate policy SERI. Intervention paper No 10 (http://www.seri.at/index.php?option=com_docman&task=search_result&search_mode=phrase&search_phrase=T.SSG&Itemid=39).

²³ Dies könnte schon unmittelbar mit dem jetzigen Verfassungsprozess verbunden werden, so Michael Schreyer: Zur Zukunft des Verfassungsvertrags. Positionen und Vorschläge der Grünen und anderer europapolitischer Akteure. Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zu Europa, Bd. 2. Berlin 2007, S. 28 ff.

²⁴ PDS-Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004: Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!

²⁵ Ines Omann; Joachim Schwerd: Die Materialinputsteuer – ein neues Instrument nachhaltiger Entwicklung. Konzept, Realisierung und Wirkung. In: Spangenberg J. H. (Hsg.), Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit - Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland. Ökom Verlag. München (http://www.seri.at/index.php?option=com_docman&task=search_result&search_mode=phrase&search_phrase=C.BCP&Itemid=39).

amerikanischen militärischen und geheimdienstlichen Stützpunkte;

- Emanzipation der europäischen Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten von den USA und strikte Orientierung auf gemeinsame Entwicklung auf der Basis sicherer Grenzen souveräner Staaten.

Der große tunesisch-moslemische Historiker Abd al-Rahman ibn Khaldun (1332 – 1406) schrieb im 14. Jahrhundert: „Wenn sich die Bedingungen grundsätzlich verändert haben und die ganze Welt verändert ist, dann ist es, als hätte eine neue Schöpfung stattgefunden, eine Wiedergeburt, eine Welt ist neu zur Existenz gebracht.“²⁶ Auch wir leben an der Schnittstelle zweier Epochen, sind zugleich Dramaturgen, Schauspieler und Zuschauer dieser Transformation. Europa kann sich in die krisengeschüttelte Peripherie der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts verwandeln, wenn wir nicht heute eingreifen – sozial, ökologisch, friedlich, realistisch und konsequent und vor allem: Jetzt und Hier! Die Konferenz sollte dazu beitragen.

²⁶ Zitiert in: Karen Armstrong: Islam. A Short History. London: Phoenix Press 2002, S. 90.